

Stand: 08.05.2024 20:30:33

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/7941

"Kernkraftwerk Isar 1 dauerhaft abschalten"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/7941 vom 16.03.2011
2. Beschluss des Plenums 16/8032 vom 17.03.2011
3. Plenarprotokoll Nr. 70 vom 17.03.2011

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Harald Schneider, Dr. Thomas Beyer, Christa Naaß, Johanna Werner-Muggendorfer, Harald Güller, Franz Maget, Natascha Kohnen** und **Fraktion (SPD)**

Kernkraftwerk Isar 1 dauerhaft abschalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass der E.ON Kernkraft GmbH dauerhaft die Genehmigung zum Betrieb des Kernkraftwerks Isar 1 entzogen und der Reaktor stillgelegt wird.

Begründung:

Nach der verheerenden Naturkatastrophe in Japan trauert die bayerische SPD-Landtagsfraktion mit der japanischen Bevölkerung um die Opfer des Erdbeben- und Tsunami-Unglücks. Die Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion sind in Gedanken bei den tausenden Opfern, ihren Angehörigen und dem gesamten japanischen Volk. Die vorrangige Aufgabe in dieser Stunde ist es, dabei zu helfen, Menschenleben zu retten und die unmittelbaren Folgen der Katastrophe einzudämmen.

Mit Entsetzen verfolgt die SPD-Landtagsfraktion den Fortgang der nuklearen Katastrophe in Fukushima. Einmal mehr wurde auf erschreckende Art und Weise deutlich, wie hochgefährlich die Kernenergie ist. Eine Katastrophe dieses Ausmaßes muss auch Konsequenzen für die Energiepolitik der Staatsregierung haben. Das gilt insbesondere für das älteste bayerische Kernkraftwerk Isar 1.

Die Technische Universität (TU) Berlin hat mit modernen Methoden die Sicherheit der Reaktorkessel von Siedewasserreaktoren aus der Baulinie 69 überprüft. Sie kommt dabei zu dem Ergebnis, dass die Spannungen im Bereich der Schweißnaht „an die Grenze des Zulässigen“ gehen. Die Sorgen vor Rissen an diesen Stellen hält Professor Manfred Zehn von der TU Berlin für berechtigt. Eine weitere Schwachstelle ist die im Inneren des Reaktorkessels zum Schutz vor Korrosion verbaute Plattierung. Nach Auskunft des Leiters des Instituts für Sicherheits- und Risikowissenschaft der Wiener Universität für Bodenkultur Wolfgang Kromp sind Haarrisse in dieser Plattierung nicht auszuschließen. Sollte es zu einem überkritischen Riss kommen, wäre eine Kernschmelze die Folge.

Ein Siedewasserreaktor der Baulinie 69 kommt auch beim bayerischen Kernkraftwerk Isar 1 zum Einsatz. Die Beteuerungen des Kraftwerksbetreibers, der E.ON Kernkraft GmbH, dass der Reaktorkessel regelmäßig überprüft werde, sind nicht stichhaltig, da selbst nach Aussage des langjährigen Chefkonstruktors der Kernkraftwerke des Vattenfall-Konzerns Lars-Olov Höglund die Schwachstellen am Reaktordruckbehälter nicht vollständig überprüfbar sind.

Weitere grundlegende konstruktionstechnische Mängel des Kernkraftwerks Isar 1 sind die dünne Wandstärke des Reaktorgebäudes, die dünnwandige Bodenwanne und das geringe freie Volumen des Sicherheitsbehälters sowie die Bauform (Kastenform statt Kuppelform). Die alten Siedewasserreaktoren wie Isar 1 sind zudem noch nicht einmal gegen den Aufprall eines Passagierflugzeugs vom Typ A320 geschützt. Dabei liegt Isar 1 mitten in der Einflugschneise des Münchner Flughafens.

Die SPD-Landtagsfraktion hält aufgrund der schwerwiegenden baubedingten Mängel des alten Siedewasserreaktors eine endgültige Abschaltung von Isar 1 zum Schutz der Bevölkerung für zwingend geboten.

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Harald Schneider, Dr. Thomas Beyer, Christa Naaß, Johanna Werner-Muggendorfer, Harald Güller, Franz Maget, Natascha Kohlen** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/7941

Kernkraftwerk Isar 1 dauerhaft abschalten

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Abg. Dr. Andreas Fischer

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Abg. Tobias Reiß

Abg. Ludwig Wörner

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Thorsten Glauber

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe den Tagesordnungspunkt 9 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Behandlung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann u. a. und Fraktion (FDP),

Georg Schmid, Alexander König und Fraktion (CSU)

Hilfe für japanische Katastrophenopfer ([Drs. 16/7939](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Georg Schmid, Alexander König, Renate Dodell u. a. und Fraktion (CSU),

Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dr. Franz Xaver Kirschner u. a. und Fraktion (FDP)

zu den Auswirkungen der Naturkatastrophe in Japan - insbesondere den gravierenden Ereignissen in den japanischen Kernkraftwerken - und den Maßnahmen der Bundesregierung und der Staatsregierung ([Drs. 16/7940](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u. a. und Fraktion (SPD)

Kernkraftwerk Isar 1 dauerhaft abschalten ([Drs. 16/7941](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Atomkraft abschalten - Energiewende in Bayern ([Drs. 16/7943](#))

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger,
Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FW)**

- **Endgültiges und dauerhaftes Abschalten AKW Isar 1**
- **Sicherung der Zwischenlagerung von Atommüll gegen Terrorangriffe und Flugzeugabsturz**
- **Zurücknahme der geplanten Laufzeitverlängerung und schnellstmögliches Abschalten der in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke**
- **Berichterstattung der Bundesregierung über Untersuchungsergebnisse Endlagerung Atommüll**
- **Planung Ausbau Erneuerbare Energie als Ersatz für Atomkraftwerke**

(Drs. 16/7945)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Fischer.

Dr. Andreas Fischer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Was gerade in Japan passiert ist, ist eine unfassbare Tragödie - eine Tragödie, deren Ausmaß jegliches menschliches Vorstellungsvermögen übersteigt. Durch Erdbeben und Tsunami sind viele zehntausende Menschen tot oder vermisst. Viele Hunderttausende sind obdachlos geworden, und die von der Atomkatastrophe ausgehende radioaktive Strahlung bedroht jetzt viele Millionen akut an Leben und Gesundheit. Die Situation wird immer dramatischer. Die Menschen in den Notunterkünften leiden nicht nur an der eisigen Kälte des Winters, sondern immer mehr auch an Krankheiten. Heute hat uns die Meldung erreicht, dass einige Menschen wohl wegen der mangelhaften medizinischen Versorgung gestorben sind. Was eine Zuspitzung der Situation in den betroffenen Atomkraftwerken bedeuten würde, möchte ich mir gar nicht erst ausmalen.

Vor dem Hintergrund dieses unermesslichen Leides ist es notwendig und richtig, dass wir für unser Land die Konsequenzen in der Energiepolitik erörtern. Wir müssen und werden diese Konsequenzen ziehen. Ich meine aber, dass, während hunderttausende Menschen in Japan um ihr Leben und Millionen um ihre Gesundheit kämpfen, unser

erster Gedanke sein muss, diesen Menschen zu helfen. Das ist keine politische Frage, sondern es ist eine Frage der Moral und ein Gebot der Humanität.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb möchte ich ausdrücklich allen Rednern danken - gleich welcher Fraktion -, die diesen Gedanken, wenn auch oftmals nur kurz, wenigstens an den Anfang ihrer Ausführungen gestellt haben. In der öffentlichen Debatte vermisse ich diese humanitäre Priorität, erst einmal unseren so sehr bedrängten Mitmenschen in Japan zu helfen. Wenn es Äußerungen in der Politik gegeben haben soll - ich habe sie nicht selbst gehört - wie: Gott sei Dank ist diese Katastrophe nicht in Deutschland passiert, sondern in Japan, dann muss ich sagen: Dabei scheint mir der richtige Maßstab etwas verrutscht zu sein. Für eine solche Äußerung erwartet man eigentlich eine öffentliche Entschuldigung.

(Beifall bei der FDP)

Die Atomkatastrophe hat nicht Deutschland getroffen, sondern trifft Japan, und das mit voller Wucht. Wenn die Menschen bei uns Geigerzähler kaufen, dann verstehe ich die Angst, die sie bewegt, sehr gut. Ich denke aber, es wäre sinnvoll, diese Geigerzähler zu kaufen und nach Japan zu schicken. Dort werden sie gebraucht.

(Beifall bei der FDP)

Wenn die Menschen bei uns Jod-Tabletten kaufen, dann verstehe ich auch das sehr gut, habe aber die Angst, dass sie durch Desinformation eine Überfunktion der Schilddrüse und damit gesundheitliche Störungen riskieren. Wenn von manchen Mitgliedern dieses Hauses die Angst geschürt wird, dass über die Atmosphäre bei uns etwas in die Nahrungskette gelangt, dann ist das in Anbetracht der Tatsache, dass Japan Lebensmittel in großem Umfang importieren muss, unverantwortlich. Wenn wir uns Sorgen machen sollten und Sorgen machen müssen, dann müssen wir uns im Moment Sorgen um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in Japan machen.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich aber auch etwas zu den anderen Anträgen sagen: Die Atomkatastrophe von Japan hat die Welt verändert und wir müssen daraus Konsequenzen ziehen. Es ist richtig: Unsere Atomkraftwerke sind nicht durch die Katastrophe von Fukushima unsicherer geworden. Sie sind aber auch nicht durch den Regierungswechsel von Rot-Grün zu Schwarz-Rot oder von Schwarz-Rot zu Schwarz-Gelb unsicherer geworden. Was sich verändert hat ist der Maßstab, es ist der Sicherheitsstandard, den wir anlegen. Ursache dieses veränderten Sicherheitsmaßstabes ist ein Naturereignis, und dieses Naturereignis macht es nicht nur vernünftig, sondern es macht es zu unserer Pflicht, unsere ursprüngliche Sicherheitsbewertung zu überprüfen. Die FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag begrüßt ausdrücklich, dass wir durch das Moratorium der nächsten drei Monate einen gründlichen Sicherheitscheck an unseren Atomkraftwerken vornehmen können, und zwar nicht, weil wir glauben, dass sie unsicher sind oder unsicher geworden sind, sondern weil wir jedes auch noch so kleine und geringe Risiko noch weiter minimieren wollen.

(Beifall bei der FDP)

Aus genau diesem Grund hat sich die FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag - im Übrigen einstimmig - dafür ausgesprochen, dass das Atomkraftwerk Isar 1 dauerhaft abgeschaltet bleiben soll.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Es ist nötig, dass wir in Deutschland Konsequenzen ziehen. Es ist aber auch nötig, dass wir diese Konsequenzen besonnen ziehen. Wer sofort abschalten will, wer sagt, wir sollten heute aus der Atomenergie rauskommen, wird verantwortlich sein für dramatische Einschnitte bei der Versorgung. Herr Staatsminister Zeil hat dies völlig richtig ausgeführt. Ich füge hinzu: Wer sofort abschalten will, der wird auch für den Ausbau der Kernenergie rund um Deutschland und Bayern herum verantwortlich sein. Dassel-

be gilt für die pauschale Rücknahme der Laufzeitverlängerung aller deutschen und bayerischen Atomkraftwerke - egal, wie alt, und egal, wie sicher sie sind.

(Florian Streibl (FW): Ich dachte, in Ihrem Antrag geht es um Japan!)

- Ich spreche zu allen Anträgen, falls Sie das nicht bemerkt haben.

Vielleicht hat jemand von Ihnen einen Vertreter aus Tschechien gesehen, wie er sich gefreut und gesagt hat: Wenn Deutschland aussteigt, nur zu, wir steigen ein. Vielleicht hat er auch die "Oberösterreichischen Nachrichten" gelesen, wo es hieß: Tschechische Politiker beharren auf dem Ausbau der Kernenergie. Die Chefin der staatlichen Behörde für atomare Sicherheit bestätigt die Existenz von geologischen Bruchlinien in der Region um Temelin. Sie sagt auch, das stärkste Beben in Tschechien habe bisher die Stärke 3,2 gehabt. Temelin ist auf 5,5 ausgelegt. Kolleginnen und Kollegen, das erinnert mich fatal an die Beurteilung in Japan.

Deswegen sage ich Ihnen, der Dringlichkeitsantrag der SPD ist politisch richtig. Juristisch ist er aber bedenklich, denn ich möchte keine Schadensersatzansprüche auslösen. Deshalb werde ich ihm nicht zustimmen.

(Alexander König (CSU): So ist es richtig!)

Die Dringlichkeitsanträge der Freien Wähler und der GRÜNEN sind inhaltlich nicht richtig. Ich bitte Sie, diese abzulehnen. Die Dringlichkeitsanträge der FDP und der CSU sind Ausdruck für eine besonnene und verantwortungsbewusste Politik in diesem Land. Dafür bitte ich um Zustimmung.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Reiß für die CSU.

Tobias Reiß (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Fischer hat wie viele Rednerinnen und Redner vor ihm das unermessliche Leid dargestellt, das derzeit die japanische Bevölkerung zu erdulden hat. Schnelle Hilfe ist jetzt tatsächlich dringend erforderlich und humanitär geboten. Unsere Frau Präsidentin hat heute Morgen die Sitzung mit einer Erklärung zu den Ereignissen in Japan eröffnet und festgestellt, dass in einem hoch technologischen Land das scheinbar Unmögliche eingetreten ist. Das hat uns schon den ganzen Tag bewegt. Das ist ein Appell an uns alle, und es ist selbstverständlich, dass es ein einfaches "Weiter so" nicht geben wird, sondern dass alles auf den Prüfstand kommen muss.

Die Politik in Deutschland, auch die der Sozialdemokraten, hat sich in den fünfziger Jahren für eine Energieversorgung mit Kernenergie entschieden. Wir haben heute schon sehr ausführlich darüber diskutiert. Auch auf der Basis der von Rot-Grün beschlossenen Laufzeiten wären heute noch alle Kraftwerke am Netz. Das letzte ginge erst 2022 vom Netz.

Unsere Kraftwerke erfüllen die weltweit höchsten Sicherheitsanforderungen, die nicht zuletzt auch von den Ministern Trittin und Gabriel so festgelegt wurden. Seit Inbetriebnahme unserer Kernkraftwerke wurden in Bayern über 3,7 Milliarden Euro in die Nachrüstung investiert, um sie durch permanente Sicherheitsverbesserungen auf dem aktuellsten Stand der Technik zu halten. Isar 1 wurde heute im Rahmen des Moratoriums vom Netz genommen. Die Menschen in Bayern können sich darauf verlassen, dass unser oberstes Gebot beim Betrieb der Kraftwerke in Bayern die maximale Sicherheit war, ist und bleibt.

Dabei ist aber auch klar, dass wir nicht auf einer Insel der Glückseligen leben. Kollege Fischer hat es schon dargestellt. Wir brauchen internationale und einheitliche Sicherheitsstandards für ganz Europa. Die hohen Sicherheitsstandards in Deutschland stellen dafür sicher eine gute Grundlage dar. Wir müssen auch bei der weiteren Energieerzeugung über die europäischen Dimensionen reden. Wir haben noch nichts

gewonnen, wenn wir die deutschen Kraftwerke abschalten, während an der französischen Grenze oder in Temelin neue Kraftwerke gebaut werden.

Jetzt müssen wir den Umbau auf erneuerbare Energien weiter beschleunigen und die Energieeinsparung und Energieeffizienz weiter voranbringen. Wir fordern deshalb mit unserem Dringlichkeitsantrag, dass die Staatsregierung bis Mai ein Konzept dafür vorlegt, wie ein Umstieg auf Erzeugung regenerativer Energien in den nächsten zehn Jahren möglich ist. Das geht nicht mit Aktionismus, sondern nur mit einem nachhaltigen und grundlegenden Umbau unseres Stromversorgungssystems.

Unser Problem besteht nicht allein darin, dass noch zu wenig regenerative Energie installiert ist. Unser Problem besteht auch darin, dass Photovoltaik und Wind zu wenig und zu unbeständig Strom liefern. Wenn wir beispielsweise bei einem Überangebot von Wind wegen Sturmes die Windkraftträder nicht abschalten müssten, weil wir die Energie speichern könnten, könnten wir die Energiemenge aus Windkraft sofort verdreifachen. Wir brauchen deshalb eine Großoffensive zur Entwicklung von Speichertechnologie. Die Stromspeicherung ist die Achillesferse einer effektiven und grundlastfähigen Versorgung mit erneuerbarer Energie. Pumpspeicherkraftwerke sind in Deutschland kaum noch durchsetzbar. Die Genehmigungsverfahren dauern bis zu zehn Jahre. So bleiben uns kurzfristig nur die Ankopplung an Pumpspeicherkraftwerke und Wasserkraftwerke im Ausland, die forcierte Entwicklung der Elektromobilität und die verstärkte Forschung auf dem Gebiet neuer Speichertechnologien. Wir sind ein Land der Techniker und Ingenieure und haben daher die Chance, noch stärker als bisher zum Weltmarktführer in Sachen saubere Energie zu werden und uns damit weitere Wettbewerbsvorteile im internationalen Wettbewerb zu sichern.

Ein weiterer Schlüssel für die Versorgung in der Zukunft ist das Stromnetz. Auch darüber ist heute schon mehrfach diskutiert worden. Ohne Netzausbau und ohne effizienten Netzbetrieb ist das Ziel einer dezentralen und von vielen Anlagenbetreibern getragenen Energieversorgung nicht erreichbar. 1980 kamen 80 % der Energie noch aus rund 1.000 Quellen. In den nächsten Jahren bewegen wir uns auf eine Million Quellen

zu. Die meist stark schwankende und räumlich verstreute Einspeisung von erneuerbaren Energien macht einen Ausbau der Netze erforderlich, um die Netzstabilität weiter zu gewährleisten. Die notwendigen Investitionen in den weiteren Ausbau der Netze, die Entwicklung der erneuerbaren Energiequellen und der Speichertechnologie werden Milliarden kosten. Der Ausbau wird auch nicht über Nacht passieren. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und dafür zu sorgen, dass neue Netze und Projekte die Akzeptanz vor Ort finden. Darauf liegt unsere gemeinsame Verantwortung.

Wir werden den Dringlichkeitsanträgen auf Drucksachen 16/7939 und 16/7940 zustimmen. Für den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/7941 - das wurde schon ausgeführt - empfinden wir eine gewisse Sympathie. Wir halten es für richtig, Isar 1 dauerhaft vom Netz zu nehmen. Rechtlich ist der Antrag in dieser Form aber nicht annehmbar. Der Umweltminister hat es vorhin schon umfassend dargestellt. Die Anträge auf Drucksachen 16/7943 und 16/7945 lehnen wir ab, weil die weiteren Schritte auch unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus dem Moratorium eingeleitet werden müssen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die SPD bitte ich Herrn Wörner ans Re-
depult.

Ludwig Wörner (SPD): Meine sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon faszinierend, wenn man diesen Tag Revue passieren lässt und die Eide hört, die darüber geschworen wurden, was man alles will und was man nicht mehr will. Am Ende des Tages

(Hubert Aiwanger (FW): ... bleibt nichts anderes übrig als heiße Luft!)

kommt der Jurist und sagt nein. Ich bedauere, dass in diesem Hause nicht die Politik das Primat hat. Ich habe mir immer gedacht, ich sei im Parlament und nicht im Ge-

richtssaal. Dass wir das Recht beachten müssen, ist natürlich unstrittig. Ich würde mir aber auch wünschen, dass Beamte und Minister nicht immer prüfen, warum etwas gerade nicht möglich ist, sondern dass sie prüfen, was zu tun ist, damit etwas möglich wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe Ihnen heute einen dieser Wege aufgezeigt, der sogar von der Union mitgetragen wird. Ich habe schon heute Nachmittag versucht, Ihnen diese Brücke zu bauen. Die Tatsache, dass Sie trotz dieser Brücke unseren Antrag jetzt ablehnen, beweist mir und meiner Fraktion, dass Ihr Gerede - ich hätte beinahe etwas anderes gesagt - des heutigen Tages nicht ernst zu nehmen ist und dass die Bevölkerung recht hat mit ihrem Gefühl, Sie wollten über die Zeit kommen.

(Simone Tolle (GRÜNE): Genauso ist es!)

Meine Damen und Herren, überlegen Sie sich gut, welches Signal Sie jetzt aussenden. Das müssen Sie entscheiden, nicht wir. Wollen Sie sich hinter der Juristerei verstecken und damit einen Antrag ablehnen, von dem Sie sagen, rein gefühlsmäßig wären Sie eigentlich bei uns? Lassen Sie sich doch einmal von Ihrem Gefühl leiten und schalten Sie mit uns gemeinsam Isar 1 ab.

(Dr. Andreas Fischer (FDP): Isar 1 wird abgeschaltet! Mit oder ohne Ihren Antrag!
Dauerhaft! - Thorsten Glauber (FW): Seit wann? Seit Montag?)

Herr Fischer, da Sie das heute so sagen, verstehe ich überhaupt nicht, warum Sie nicht zustimmen können. Sie haben gerade wieder gesagt: Wir wollen dauerhaft abschalten. Dann stimmen Sie unserem Antrag zu! Da steht nichts anderes drin. Der Antrag besteht aus drei dürren Zeilen, und darin finden sich die Worte "dauerhaft" und "stillgelegt wird". So einfach könnte die Welt sein. Sie wollen aber nicht zustimmen, und man kann sich einen Reim darauf machen, warum das so ist. Ich bin jetzt nicht so

bösartig, das noch einmal durchzudeklinieren. Glaubwürdig werden Sie damit bei der Bevölkerung mit Sicherheit nicht, aber das ist Ihr Problem, nicht unseres.

Meine Damen und Herren, wir haben heute ausführlich rauf- und runterdiskutiert, warum wir das wollen. Ich will jetzt nicht über die nach wie vor verlorenen Kugeln des Kugellagers reden, die noch im Reaktor herumschießen. Ich will auch nicht darüber reden, dass wir schon einmal knapp einem Flugzeugabsturz entgangen sind; das war 1988.

Ein Gutachten der TU Berlin - das sollte Ihnen zu denken geben; das stammt nämlich nicht aus dem Jahr 1988, sondern ist neu - zeigt die Schwachstellen dieses Reaktors deutlich auf und kommt zu dem Ergebnis, dass es grenzwertig sei, diesen Reaktor zu betreiben. Sie wissen, dass die Platten im Inneren des Reaktorkessels der 69er Baureihe sehr schwach sind. Sie wissen auch, dass die Schweißnähte nicht optimal sind, dass es immer wieder Risse gibt und dass die Gefahr besteht, dass die Plattierung im Inneren, an die wir gar nicht heran können, Risse bekommt. Allein diese Tatsachen und auch die Tatsache, dass es heutzutage so große Flugzeuge wie den Airbus 380 gibt, die zu der Zeit, als die Berechnungen erstellt wurden, noch gar nicht existierten, wären juristische Grundlage dafür, aus der Atomkraft auszusteigen und die Kraftwerke dauerhaft abzuschalten. Deshalb bitten wir Sie eindringlich darum, unserem Antrag zuzustimmen.

Natürlich wollen auch wir, dass Japan in seiner großen Not geholfen wird. Das ist eine Selbstverständlichkeit, und das müssen wir nicht noch einmal eigens betonen. Nata-scha Kohnen hat ohnehin heute Vormittag schon gesagt, dass wir das Innenministerium dazu auffordern, alles Notwendige und Mögliche zu tun, um Japan in dieser großen Not zu helfen. Ich glaube, da sind wir uns alle einig.

Ich möchte noch etwas zu Ihrem Moratorium von drei Monaten sagen. Wenn in Japan eintritt, was wir alle befürchten, werden Sie in drei Monaten überhaupt nichts erfahren, weil man im Reaktor überhaupt nicht wird überprüfen können, was da schiefgegangen

ist. Man wird aus diesem Desaster keine Schlüsse ziehen können, weil man die Ursachen nicht untersuchen kann; denn kein Mensch wird in den nächsten hundert Jahren in den Reaktorkern gehen können. Deswegen ist Ihre Argumentation nicht sauber. Sie sollten ehrlich sagen: Wir wissen noch nicht so genau, was wir wollen, bei uns gibt es zwei Lager: Eines will den Weg mit der SPD gehen, und das andere will etwas anderes. Das müssen Sie mit sich ausmachen.

Wir bitten darum, über die Absätze des Dringlichkeitsantrags von CSU und FDP getrennt abzustimmen. Den ersten zwei Absätzen würden wir gerne zustimmen. Dem Absatz, der mit den Worten beginnt "Der Landtag begrüßt deshalb das Moratorium ..." möchten wir nicht zustimmen; da würden wir uns enthalten. Wir würden uns ebenfalls bei der Abstimmung über den Absatz enthalten, der mit den Worten beginnt "Die Staatsregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken ...". Allen andern Punkten würden wir zustimmen.

Dem Antrag der GRÜNEN und der Freien Wähler stimmen wir zu.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege. Jetzt bitte ich Herrn Hartmann für die GRÜNEN nach vorne.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir fordern in unserem Dringlichkeitsantrag, den Menschen in Japan jede nur erdenkliche Hilfe bei der Bewältigung der Natur- und Nuklearkatastrophe anzubieten. Das ist selbstverständlich.

Wir gehen in unserem Antrag noch einen Schritt weiter und wollen, dass aus der Katastrophe in Japan eine Konsequenz gezogen wird. Für uns ist klar, dass eine dauerhafte Stilllegung des Atomkraftwerks Isar 1 angeordnet werden muss. Das ist nicht Aufgabe der Regierung in Berlin, sondern Aufgabe des Umweltministers in Bayern. Er hat die bayerische Atomaufsicht unter sich und muss handeln. Die Abschaltung steht in

Ihrer Macht und liegt in Ihrer Verantwortung. Wir fordern, dem Atomkraftwerk Isar 1 umgehend die Betriebsgenehmigung zu entziehen, da nach den Erkenntnissen zum Beispiel über Flugzeugabstürze ersichtlich ist, dass die notwendigen Sicherheitsstandards nicht mehr eingehalten werden.

In der Formulierung unter dem dritten Spiegelstrich fordern wir, dass die weiteren vier Atomkraftwerke - Grafenrheinfeld, Gundremmingen B und C und Isar 2 - einer unabhängigen und transparenten Kontrolle unterzogen werden und dass die Anlagen innerhalb der nächsten zwei Jahre auf den aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik kurzfristig nachgerüstet werden.

Des Weiteren fordern wir die Staatsregierung dazu auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der gravierende Fehler vom letzten Herbst, die Laufzeiten zu verlängern, behoben wird. Wir verlangen, dass die 11. und 12. Novelle zur Änderung des Atomgesetzes in den nächsten drei Monaten in vollem Umfang zurückgenommen wird. Wir fordern weiter, die Staatsregierung möge sich dafür einsetzen, dass die sieben ältesten Atomkraftwerke in Deutschland in den nächsten drei Monaten endgültig vom Netz gehen.

Wir wollen auch, dass mit der Möglichkeit Schluss sein muss, die Reststrom-Mengen umzubuchen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

weil sonst vereinzelt AKWs vom Netz gehen und die großen Reststrommengen nach der Laufzeitverlängerung auf die neueren Atomkraftwerke aufgebucht werden. Dann verlängert sich die Laufzeit der Atomkraftwerke, der angeblichen Brückentechnologie, bis in die Ewigkeit. Diese Möglichkeit darf es nicht mehr geben. Wenn eine Anlage abgeschaltet werden kann, weil sie nicht mehr gebraucht wird, dann gibt es keinen Grund dafür, die Reststrommenge auf eine neue Anlage zu buchen, die dann zehn Jahre länger läuft.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Andreas Fischer (FDP): Dann läuft Temelin länger!)

Aufgrund der Katastrophe in Japan fordern wir in unserem Antrag, die Deckungsvorsorge für nukleare Störfälle zu erhöhen. Aktuell beträgt sie insgesamt 2,5 Milliarden Euro. Ich weiß selbst, dass 10 Milliarden bei dem Schadensausmaß in Japan auch nicht reichen würden. Man sollte aber endlich mal einen etwas realistischeren Wert als bisher ansetzen, um der Öffentlichkeit die wahren Kosten der Kernenergie vor Augen zu führen. Wir fordern, dass 10 Milliarden Euro Deckungsvorsorge pro Atomkraftwerk vorgesehen werden. Diese 10 Milliarden Euro sollen in einem öffentlich-rechtlichen Fonds hinterlegt werden. Das Geld muss wirklich beim Staat liegen, damit gehandelt werden kann, wenn etwas passiert.

Unser Antrag enthält ein größeres Paket als der Antrag der SPD. Wir fordern die Staatsregierung auch auf, in Bayern endlich die Energiewende einzuleiten. So muss die Energieeffizienz gesteigert werden. Der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung muss massiv vorangetrieben werden; die Blockadepolitik beim Ausbau der Windenergie muss wirklich ein Ende haben. Verschiedene Studien, zum Beispiel aus den Jahren 2000 und 2005, zum Potenzial an erneuerbaren Energien in Bayern zeigen, dass wir bei der Solarenergie die Prognosen bei Weitem übertroffen haben. Bei der Windkraft bleiben wir aber weit hinter den Erwartungen zurück.

Wir möchten einen weiteren Ausbau der Nutzung der Biomasse, allerdings in einem ökologisch verträglichen Rahmen. Das bezieht sich auf die Stoffe, die eingebracht werden, und darauf, dass die Fruchtfolge auf den Feldern eingehalten wird, dass man sich also nicht nur auf den Anbau von Mais konzentriert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern weiterhin einen ökologisch verträglichen Ausbau der Stromspeicherkapazität. Dazu stehen wir, auch wenn das heute sehr oft anders dargestellt wurde. Wir bitten um die Unterstützung unseres Antrags.

Dem Antrag der SPD stimmen wir zu; denn die Forderung nach Hilfe für Japan ist selbstverständlich.

Wir haben allerdings Probleme damit, dem Antrag der CSU zuzustimmen. Zum einen ist darin wieder die Rede davon, dass die Kernenergie eine Brückentechnologie ist. Dazu können wir nicht stehen. Nach unserer Auffassung ist das nicht der richtige Weg. In keiner Ziffer fordern Sie - das ist eigentlich das, was sich viele von Ihnen wünschen -, dass Isar 1 nicht mehr ans Netz geht. Das schreiben Sie nicht in Ihren Antrag. Wir hätten erwartet, dass das im Antrag steht. Insgesamt können wir dem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich gebe bekannt, dass die SPD für ihren Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 16/7941 namentliche Abstimmung beantragt hat. Diese können wir frühestens nach 15 Minuten durchführen. Nächste Wortmeldung: Herr Glauber für die Freien Wähler.

Thorsten Glauber (FW): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute Morgen haben wir anlässlich der Regierungserklärung dieses Thema ausführlich beleuchtet. Der Regierungsseite Worte hören wir wohl, allein uns fehlt der Glaube. Ludwig Wörner hat es wunderbar beschrieben. Die Koalitionsfraktionen verstecken sich bezüglich des SPD-Dringlichkeitsantrags hinter juristischen Spitzfindigkeiten. Kollege Fischer, nach der jetzigen Erklärung muss ich Sie fragen, ob Sie der heutigen Debatte beigewohnt haben. Wenn ja, ist nur zu sagen: Nichts aus der Debatte gelernt!

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Inwiefern soll es mutig sein, wenn ein Politiker sagt "Isar 1 bleibt abgeschaltet, trotzdem kann ich nicht zustimmen."? Als junger Mensch und Familienvater sollte man den Mut haben einzuräumen, dass Isar 1 nicht sicher ist und die technischen Standards

problematisch sind, so dass man nicht zustimmen kann. Diese Größe sollte man haben, und sich nicht hinter wachweichen Aussagen verstecken.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, mit unserem Antrag fordern wir ebenfalls die endgültige dauerhafte Abschaltung von Isar 1. Wir Freie Wähler fordern die Sicherung der Zwischenlager gegen Terror- und Flugzeugangriffe, damit panzerbrechende Waffen die in Zwischenlagern gelagerten Brennstäbe nicht zu einer Bombe werden lassen können.

Wir fordern mit unserem Antrag die Zurücknahme der Laufzeitverlängerung. Ich meine, das ist der entscheidende Aspekt. Wenn wir die erneuerbaren Energien ausbauen und in Zukunft auf die erneuerbaren Energien setzen wollen, muss nach dem Aussetzen der Laufzeit der Rückzug von der Laufzeitverlängerung kommen. Wir brauchen keine Übertragung der Reststrommengen, und wir wollen - das ist uns sehr wichtig -, dass die sieben jetzt abgeschalteten AKWs vom Netz bleiben. Ich habe heute Morgen beschrieben, dass diese sieben AKWs ausschließlich für den Export produzieren. Nicht der Gewinn der Konzerne aus dem Exportstrom soll entscheidend sein, sondern die Gesundheit und Sicherheit der Menschen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Heute Morgen wurde die Berichterstattung der Bundesregierung über die Findung eines Endlagers angesprochen, wenn wir Laufzeiten verlängern wollen. Die längste Verlängerung in Bayern mit 64 Jahren bringt 1.200 Tonnen neues radioaktives Material. Wichtig wäre, dieses Material in ein Endlager zu überführen; denn jegliche Zwischenlagerung wird irgendwann auf den Strompreis aufgeschlagen werden, und Zwischenlagerung führt nicht zu einer zukunftsfähigen Lösung. Wir brauchen endlich eine Lösung der Endlagerung, und wir brauchen den Ausstieg aus der Atomkraft.

Wir Freie Wähler setzen mit unserem Antrag klar auf die erneuerbaren Energien; denn sie sind der Jobmarkt, der Zukunftsmarkt und unser Exportschlager. Unser Antrag ist

ausführlich und fordert, den erneuerbaren Energien die Zukunft zu geben und aus der Atomkraft auszuschneiden.

Dem Antrag der FDP werden wir zustimmen, weil er die Hilfe für Japan darstellt. Den Antrag der CSU werden wir ablehnen, weil er auf die Brückentechnologie setzt. Trotz aller Reden heute Morgen schaffen Sie es nicht, in Ihrem Antrag die endgültige Abschaltung von Isar 1 zu fixieren. Welch ein Schauspiel war das heute Morgen! Dem Antrag der SPD können wir vollumfänglich zustimmen, und dem Antrag der GRÜNEN werden wir ebenfalls zustimmen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bleiben Sie bitte am Redepult, es gibt eine Zwischenintervention von Herrn Reiß.

Tobias Reiß (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Glauber, Herr Fischer hat vorhin ein Zitat angedeutet hinsichtlich einer Aussage Ihres Fraktionsvorsitzenden Aiwanger in der Sendung "Bürgerforum" des Bayerischen Rundfunks. Ich zitiere wörtlich:

Aber wenn man ganz egoistisch ist, muss man durchaus auch sagen können: Gut, dass Isar 1 nicht explodiert ist. Ich will nicht sagen: Gut, dass Tschernobyl explodiert ist. Aber lieber ist mir noch, es ist auf der anderen Seite der Welt, wenn die denn glauben, sie müssten damit glücklich werden.

Sehen Sie das auch so?

Thorsten Glauber (FW): Lieber Kollege Reiß, ich habe die Sendung auch gesehen.

(Zurufe von der CSU)

- Ich bitte um Ruhe. Hören Sie kurz zu.

Ich habe mir die Sendung gestern Abend auch angesehen. Man tut dem Kollegen Aiwanger Unrecht; denn

(Alexander König (CSU): Das ist ein wörtliches Zitat!)

man dreht ihm das Wort im Mund um.

(Zurufe von der CSU)

Kollege Aiwanger wurde gefragt, ob Deutschland Vorbildfunktion haben müsse. Seine Antwort war, dass Deutschland Vorbildfunktion habe, die auf andere Länder ausstrahlen müsse. Wenn die anderen Länder nicht einsähen, dass Deutschland Vorbildfunktion hat, könne man nicht helfen. Er wurde mehrmals danach gefragt, ob er damit auch die Opfer meine. Die Opfer hat er nicht gemeint. Er hat klar zur Vorbildfunktion Deutschlands Stellung genommen und gemeint, wenn angrenzende Länder dem nicht folgten, wäre das das Problem dieser Länder. Das war der Tenor.

(Alexander König (CSU): Sie halten es also für richtig, dass er das gesagt hat? Er sollte sich schämen.)

Zu dieser Aussage stehen wir. Wir stehen dazu, dass Deutschland Vorbildfunktion hat. Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG - hat Deutschland einen weltweiten Exportschlager. Auch da haben wir Vorbildfunktion. Genauso ist es beim Ausstieg aus der Atomkraft.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Das Argument ist kein Vorbild!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Mir wurde mitgeteilt, dass Herr Dr. Fahn nicht spricht. Es wurde eine weitere namentliche Abstimmung angekündigt zum Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN auf der Drucksache 16/7943. Sowohl für den Dringlichkeitsantrag der SPD als auch für den der GRÜNEN sind die 15 Minuten Vorlaufzeit nicht erfüllt. Deshalb werden wir die

namentlichen Abstimmungen zu einem späteren Zeitpunkt durchführen. Ich bitte Herrn Wörner zu seiner Erklärung zur Abstimmung an das Redepult.

Ludwig Wörner (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Da die CSU nicht bereit ist, ihren Antrag aufzusplitten, damit wir die einzelnen Teile getrennt abstimmen können, erkläre ich für die SPD-Landtagsfraktion: Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, dass wir Japan mit allem, was in unserer Macht steht, helfen müssen. Zu helfen, um Not und Leid soweit wie möglich zu lindern, ist eine Selbstverständlichkeit. Wir hätten den Ziffern 1 bis 5 zugestimmt. Da die CSU jedoch meint, sie könne den Antrag nicht aufsplitten, sehen wir uns nicht imstande, dem gesamten Antrag zuzustimmen. Wir werden uns der Stimme enthalten. Unabhängig davon erkläre ich noch einmal, dass die Ablehnung nicht gegen Japan und gegen die Hilfe für Japan gerichtet ist, sondern es geht um die weiteren Punkte des Antrags.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Wir schreiten zur Abstimmung über den Antrag auf der Drucksache 16/7939. Das ist der Dringlichkeitsantrag von FDP und CSU "Hilfe für japanische Katastrophenopfer". Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, also das gesamte Hohe Haus. Gibt es Gegenstimmen? - Das sehe ich nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Damit ist der Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen.

Wir kommen dann zum Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 16/7940, das ist der Dringlichkeitsantrag von CSU und FDP, zu dem Herr Wörner gerade gesagt hat, dass er hierzu gerne eine getrennte Abstimmung zu den einzelnen Punkten gehabt hätte. Da das nicht erfolgen soll, können wir hier zur Abstimmung des kompletten Antrags schreiten. Wer diesem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/7940 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der

Freien Wähler und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? - Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Der dritte Antrag auf Drucksache 16/7945 ist der Antrag der Freien Wähler. Auch hier können wir über den ganzen Antrag abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die CSU und die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Das sehe ich nicht. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Zurufe von den Freien Wählern)

- Ich muss das nicht anzweifeln, das muss jemand anderer anzweifeln.

(Zuruf von den Freien Wählern: Frau Jung, wie sieht es aus? - Claudia Jung

(FW): Die sind mehr! Ich würde gerne etwas anderes sagen!)

- Gut, dann fahren wir in der Tagesordnung fort. Über die beiden anderen Dringlichkeitsanträge werde ich, wie angekündigt, zu einem späteren Zeitpunkt abstimmen lassen.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:

(Namentliche Abstimmung von 16.51 bis 16.54 Uhr)

(Namentliche Abstimmung von 16.55 bis 16.58 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)



